

Daniel Kobell
ist Werber und
Trendscout

Parteien-Spiegel

28. Juni 2008

SPATZ fragt: «Ist eine Schulwahl sinnvoll?»

Gemäss frisch angenommenem Initiativgesetz sollten die Landschaftler über die Initiative zur freien Schulwahl schon abgestimmt haben. Bei der hitzigen Diskussion fällt auf, dass Pro und Contra quer durch die Linke und Rechte gehen. Darum fragen wir einmal nach: Sollen Eltern mit ihren Kindern die Schule wählen dürfen oder soll dies weiterhin von den Lehrern und dem Staat bestimmt werden?

Daniel Kobell

In elf Kantonen ist die Diskussion um eine freie Schulwahl entbrannt, und auch Basel-Stadt wird folgen. Die Befürworter versprechen sich eine bessere Schule nach skandinavischem Vorbild, während sich die Gegner vor allem vor Veränderungen fürchten und mit hohen Kosten argumentieren.

SVP Baselland:

«Heute wird allen eine immer schlechter werdende Staatsschule aufgezwungen. Hätten Eltern eine Wahl, könnten sie den Bildungsweg ihrer Kinder mitbestimmen und so Verantwortung übernehmen. Das ist erwünscht. Ebenso, dass die Schulen endlich Gewähr für Qualität und Leistung bieten müssten. Darum Ja zur freien Schulwahl.»

SP Basel-Stadt:

«Eine freie Schulwahl würde zu Ungerechtigkeit führen. Bildung ist ein kostbares Gut und muss es bleiben. Das bedeutet, dass der Staat qualitativ hochwertige Schulen, eben Volksschulen, für alle zur Verfügung stellen muss.»

CVP Baselland:

«Eine qualitativ hochstehende Volksschule für alle gehört zu den Stärken der Schweiz. Die freie Schulwahl wird der staatlichen Volksschule finanzielle Mittel entziehen und sie damit schwächen. Eine Zweiklassenbildung wäre die unerwünschte Folge. Dazu sagen wir Nein.»

Grünliberale Basel-Stadt:

«Diese Frage provoziert ein klares Ja! Das liberale Bildungsideal setzt auf planvolle Selbstbestimmung, Selbstdisziplin und Kreativität. Eltern sollen auswählen können. Wettbewerb stärkt die Vielfalt und die Qualität. Gute Staatsschulen brauchen sich davor nicht zu fürchten.»

Liste 13 Basel-Stadt:

«Freie Schulwahl würde Klassenbildungen fördern. AbsolventInnen von Privatschulen würden in der Gesellschaft bevorzugt werden. Eine Elitebildung würde sich entwickeln, wie in den USA. Die Staatsschulen müssen umso mehr verbessert werden und der Staat seine Verantwortung verstärkt wahrnehmen.»

Grüne Basel-Stadt:

«Sie setzt Werbung voraus. Das Geld und die Zeit, die die PR verschlingt, kommt nicht den SchülerInnen zugute. Zudem sollten Kinder, wenn immer möglich, die Quartierschule besuchen. So lernen sie die andern Kinder in ihrer Strasse kennen und können den Schulweg selbstständig begehen.»

LDP Basel-Stadt:

«Es ist eine Errungenschaft des liberalen Staates, starke und leistungsfähige Volksschulen zu haben. Vor dem Hintergrund der Heterogenität muss sich zweifellos auch die Staatsschule verbessern. Bildungsgutscheine führen zu einem Zweiklassensystem und sind deshalb abzulehnen.»

CVP Basel-Stadt:

«Statt der freien Schulwahl für Privilegierte sollen die verfügbaren Mittel ins bestehende System investiert werden. Damit alle Kinder nach ihren Möglichkeiten optimal gefördert werden und die Volksschule als Quartierschule ihre Integrationsleistung weiter erbringen kann, muss aber die Qualität ständig verbessert werden.»

Grünliberale Baselland:

«Die Grünliberalen Baselland unterstützen mehr Wettbewerb im Bildungsbereich. Voraussetzung sind für uns einheitliche Schultypen und Schuljahre, einheitliche Lernziele, eine angemessene Bildungsversorgung aller Regionen und die Sicherheit, dass keine religiösen Schulen entstehen.»

FDP Basel-Stadt:

«Die Basler FDP fordert eine weitere Reform des Schulsystems, um unserer Jugend einen erfolgreichen Start ins Leben zu ermöglichen. Die Tendenz zu einer freieren Schulwahl unterstützen wir unter Auflagen. Wichtiger aber ist unsere Forderung nach einer Wiedereinführung von Noten.»

Freiheitspartei Baselland:

«Für uns als Freiheitspartei ist die freie Schulwahl eine absolute Selbstverständlichkeit! Manchmal kann man schon denken, die Schweiz sei ein totalitärer Staat, wo einem alles aufdoktriniert wird! Ein Blick über die Grenze würde nicht schaden...»

EVP Basel-Stadt:

«Die Chancengleichheit für alle ist für uns unabdingbar. Wir wollen gute Bildungsmöglichkeiten an öffentlichen Schulen und nicht private Eliteschulen. In diesem Sinne setzen wir uns für ein modernes Bildungswesen in der Verantwortung und demokratischen Tradition unseres Landes ein.»

Schweizer Demokraten Basel-Stadt:

«Die öffentlichen Schulen sollen für alle Kinder und Jugendliche zugänglich sein und gute Ausbildungsmöglichkeiten bieten. In einer öffentlichen Ausbildungsstätte müssen sich Jugendliche aller gesellschaftlichen Schichten zusammenfinden. Privatschulen sollen/können nur Lücken schließen!»

Fehlt eine Partei?

Dann hat diese Partei nicht geantwortet. Angefragt wurden 20 Parteien aus der Region.

Polit-Kolumne

Bündelitag

Die Stadt hat letzten Monat Ja zu einer grösseren Bildungsvielfalt gesagt. Dies gegen die Meinung von Funktionärinnen, die einen Vergleich unter den Schulen und Lehrern partout nicht wollen. Das Basler Volk will aber diesen Vergleich und vertraut den Lehrerinnen und Lehrern an der Schule, dass diese wissen, wie unsere Kinder am meisten lernen.

Wenn es um die Schule geht, weis plötzlich jedermann bestens Bescheid, schliesslich sind wir alle in die Schule gegangen und können als «Experten» das eine oder andere «Müsterchen» berichten. Auffallend ist, dass persönliche Vorurteile die Diskussion prägen. So verstehen Eltern oft nicht, warum ihr Kind nicht das bravste und intelligenteste ist. Es ist ja ihr Kind! Oder Lehrmeister mokieren sich über die dummen Kinder von heute, die kaum Deutsch könnten – und dies manchmal in grammatikalisch recht originellen Sätzen. Über eines sind sich die meisten einig; die Schule ist unfähig – irgendwie.

Die Diskussion vor der Abstimmung hat noch andere hartnäckige Vorurteile zu Tage gefördert: Die «Verwaltung» der Schule und die Verabschiedung der Eltern aus der Erziehungsverantwortung. Während einige Eltern die Schule als «Supernanny» missbrauchen, war eine der Begründungen der Lehrgewerkschaft gegen die Bildungsvielfalt interessant: «Die Teilautonomie verlangt pädagogische Eigenverantwortung, was zu Wettbewerb führt und sozialer Sprengstoff ist!». Ist es aber nicht gerade das, was eine kompetente Lehrperson ausmacht – pädagogische Eigenverantwortung im Unterricht?

Jetzt, da die grossen Ferien anstehen, können sie sich ausgiebig über die verlangte pädagogische Eigenverantwortung Klarheit verschaffen. Das sollte sowohl für die Schulhausleitungen wie die Eltern gelten.

Der Inhalt der Kolumne muss sich nicht mit der Meinung und Haltung der SPATZ-Zeitung decken.

Der politische Rückspiegel

Wer soll Ihrer Meinung nach die für das Kind richtige Schule wählen dürfen?

Nehmen Sie an unserer Online-Umfrage teil:

- Die Kinder sollen sich ihre Schule aussuchen
- Die Eltern mit den Kindern zusammen
- Die Klassenlehrer nach eigenen Richtlinien
- Das Rektorat auf Grund von Schulnoten

Stimmen Sie ab unter: www.spatz-zeitung.ch oder senden Sie uns eine Postkarte an **Politik, SPATZ, Postfach, 4018 Basel**

Die Abstimmung erfolgt anonym, das Resultat wird im nächsten SPATZ veröffentlicht.